

Verbandsinformation

Möbel

Nr. 11/17 Datum: 21.12.2017



Verband der Holzindustrie
und Kunststoffverarbeitung
Baden-Württemberg e. V.

Danneckerstraße 37
70182 Stuttgart
Telefon 0711 23762-0
Telefax 0711 23762-10

Friedrich-Ebert-Straße 11-13
67433 Neustadt / Weinstraße
Telefon 06321 852-0
Telefax 06321 88955

info@vhk-bw.de
www.vhk-bw.de

An unsere Mitgliedsunternehmen

TERMINVORSCHAU

Mi., 10.01.2018

2. Verhandlungsrunde, Tauberbischofsheim

Di., 06.02.2018

Tarifschulung, Stuttgart

Do., 15.03.2018

Personalleiterkreis, Stuttgart

Di., 27.03.2018

Technischer Ausschuss

Fr., 22.06.2018

Mitgliederversammlung, Freudenberg

INHALT

- 1. Branchenleitfaden zu elektrifizierten Möbel wird erstellt**
 - Umgang mit der komplexen Materie erleichtern
- 2. Monatsberichte nach Fachzweigen Küche, Polster und Wohnen**
 - per Oktober weiter rückläufige Umsätze
- 3. Sachverständigenrat: Jahresgutachten 2017/2018**
 - Ökonomen rechnen mit einem Wachstum des BIP in Höhe von 2,0 Prozent
- 4. Herbstgutachten 2017 vorgelegt**
 - Kapazitätsauslastung ist weiter gestiegen
- 5. Geschäftsklima im November 2017 erneut gestiegen**
 - neues Rekordhoch erreicht
- 6. Holzwirtschaft politische Handlungsanforderungen**
 - sieben zentrale Handlungsfelder definiert
- 7. WorldBuild Moscow 2018 vom 3. bis 6. April 2018**
 - Kontakt zu Kaufentscheidern aufnehmen
- 8. Neue Auslegungsregeln für die nachhaltige Holzbeschaffung - "Berliner Modell" jetzt auch auf Bundesebene**
 - Leitfaden zum gemeinsamen Erlass zur Beschaffung von Holzprodukten veröffentlicht
- 9. Handelsumsatz mit Küchen steigt auf über elf Mrd. Euro**
 - Wachstum das siebte Jahr in Folge
- 10. Möbelhandel**
 - die Stimmung wird besser

1. Branchenleitfaden zu elektrifizierten Möbel wird erstellt

- Umgang mit der komplexen Materie erleichtern

Teilnehmer aus den Reihen der Unternehmen der Büro-, Küchen-, Objekt-, Polster-, Schlaf- und Wohnmöbelindustrie, der Verbände und der Prüfhäuser/Konformitätsbewertungsstellen trafen sich Anfang November 2017 zur HDH/VDM-Arbeitsgruppensitzung zur Erstellung eines Branchenleitfadens „Anwendung der europäischen Richtlinien auf elektrifizierte Möbel – CE-Kennzeichnung“ in der FertighausWelt Wuppertal.

Ziel ist die Erarbeitung eines Branchenleitfadens, der den betroffenen Unternehmen den Umgang mit der komplexen Materie erleichtern soll. Anhand von ausgewählten Praxisbeispielen wurde eine Vielzahl unterschiedlicher elektrischer Komponenten in Möbeln identifiziert, anhand derer die aus den europäischen Richtlinien erwachsenden Aufgabenstellungen differenziert betrachtet werden.

Die grundlegende Fragestellung, ob und unter welchen Bedingungen Möbel mit einer CE-Kennzeichnung zu versehen sind, will beantwortet werden. Ebenso dazu gehören Informationen und Vorschläge zur Vorgehensweise mit den daraus erwachsenden Verpflichtungen wie Risikoanalyse oder Konformitätsbewertungsverfahren sowie Kennzeichnungs- und Dokumentationspflichten.

Zusätzlich wird das Zusammenspiel mit anderen Marktakteuren wie Lieferanten, Prüfhäusern oder Kunden beleuchtet. Mit den rein gesetzlichen Anforderungen sind normative Regelungen eng verknüpft, die es ebenfalls zu beachten gilt.

Um zügig in der Lage zu sein, die komplexe Thematik den interessierten Kreisen anschaulich zu erläutern, entwickeln die Branchenexperten den Branchenleitfaden durch parallele Arbeiten an unterschiedlichen Arbeitspaketen. Daher konnte bereits zur zweiten Arbeitsgruppensitzung ein erster Vorentwurf durch die VDM-Geschäftsstelle zusammengestellt werden, dessen Inhalte nun weiter ausgearbeitet werden.

2. Monatsberichte nach Fachzweigen Küche, Polster und Wohnen

- per Oktober weiter rückläufige Umsätze

Die Auswertung der Verbände der Deutschen Küchen-, Polster- sowie Wohnmöbelindustrie e.V., Herford, nach der Bundestatistik (Destatis) liegen mit Stand Oktober 2017 vor.

Die statistische Auswertung im Segment „Küche“ weist per Oktober weiter rückläufige Umsätze aus, die sich auf das Inland beschränken. Erfreulicherweise scheint der Negativtrend insgesamt deutlich vermindert. Die Exportquote verweilt stabil oberhalb 40 %.

Für die im Berichtsmonat leicht beim Umsatz zulegende Polstermöbelindustrie war der Oktober ähnlich zwischen In- und Ausland gesplittet: Während die Umsätze im Inland rückläufig waren, stiegen sie im Ausland um erneut vorzügliche 10 %. Saldiert über den Jahresverlauf scheint sich analog der Küchenmöbelindustrie laut Destatis-Zahlen damit ein nur geringer Umsatzrückgang abzuzeichnen.

Im Bereich „Wohnen“, in dem neben Wohn-, Ess- und Schlagzimmermöbel auch Möbelteile (40 %!!!) sowie Klein- (10 %), Sitz- (7 %) und sonstige Möbel (13 %) erfasst werden, zeigt die Bundesstatistik summarisch ein leichtes Umsatzplus.

Die Umsätze gingen im Berichtsmonat allerdings zurück, dabei über Erwartung stark im Inland mit -11 %. Bei den glücklicherweise geringeren Umsatzverlusten im Ausland verhinderten weitere Zuwächse in den Ländern der Euro-Zone Schlimmeres. Die vollständigen Auswertungen finden Sie in den Anlagen.

- [Monatsbericht nach Fachzweigen für die Küchenmöbelindustrie bis 10/2017 UMSATZ](#)
- [Monatsbericht nach Fachzweigen für die Küchenmöbelindustrie bis 10/2017 BETRIEBE](#)
- [Monatsbericht nach Fachzweigen für die Polstermöbelindustrie bis 10/2017 UMSATZ](#)
- [Monatsbericht nach Fachzweigen für die Polstermöbelindustrie bis 10/2017 BETRIEBE](#)
- [Monatsbericht nach Fachzweigen für sonstige Möbel a. n. g. bis 10/2017 UMSATZ](#)
- [Monatsbericht nach Fachzweigen für sonstige Möbel a. n. g. bis 10/2017 BETRIEBE](#)

(Quelle: VHK Herford)

3. Sachverständigenrat: Jahresgutachten 2017/2018

- Ökonomen rechnen mit einem Wachstum des BIP in Höhe von 2,0 Prozent

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat sein Jahresgutachten 2017/2018 unter dem Titel „Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik“ vorgelegt.

Demnach wird sich die sehr positive wirtschaftliche Entwicklung zum Ende des laufenden Jahres im kommenden Jahr fortsetzen. Der Vorsitzende des Sachverständigenrats Schmidt sagt: „Die gute konjunkturelle Lage bietet beste Chancen für eine Neujustierung der Wirtschaftspolitik, um Deutschland auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten“.

Für das laufende Jahr rechnen die Ökonomen mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 2,0 Prozent. Für das kommende Jahr wird ein Wachstum von 2,2 Prozent prognostiziert. Die Wirtschaft wächst in beiden Jahren schneller als ihr Potenzial, für das aktuell eine Wachstumsrate von rund 1,4 Prozent geschätzt wird.

Inzwischen gibt es deutliche Anzeichen für eine Überauslastung der Kapazitäten in bestimmten Branchen – insbesondere im Bausektor. Die Arbeitslosenquote wird laut Prognose in diesem Jahr im Durchschnitt 5,8 Prozent betragen und im kommenden Jahr voraussichtlich bis auf 5,5 Prozent absinken. Für das kommende Jahr wird ein Anstieg der Verbraucherpreise um 1,8 Prozent erwartet.

Für die Jahre 2017 und 2018 erwartet der Sachverständigenrat im Euro-Raum ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2,3 Prozent beziehungsweise 2,1 Prozent. Damit erstreckt sich die kräftige wirtschaftliche Erholung auf alle Mitgliedsstaaten. Die bedeutendste Komponente des Aufschwungs ist weiterhin der Konsum.

Aber auch die Investitionen und der Export wachsen wieder stärker als im Jahr zuvor. Die Inflation gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), wird in den Jahren 2017 und 2018 voraussichtlich bei jeweils 1,5 Prozent und damit unter der Zielinflationsrate der EZB von knapp unter 2 Prozent liegen.

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die Bundesregierung die momentan günstige wirtschaftliche Lage und den damit einhergehenden deutlichen Haushaltsüberschuss für wachstumsfreundliche Reformen nutzen soll. Höhere öffentliche Investitionen oder höhere Bildungs- und Forschungsausgaben lassen sich durch die Haushaltslage finanzieren.

Der Sachverständigenrat fordert von der Bundesregierung unter anderem Steuer- und Abgabenerleichterungen. Mit einer Einkommensteuerreform soll den Bürgern Mehreinnahmen aus der kalten Progression zurückgegeben werden, heißt es in dem Bericht. Zudem plädieren die Autoren für den Abbau des Solidaritätszuschlags. Auch der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung solle von heute 3 auf 2,5 Prozent abgesenkt werden.

Die Gutachter bekräftigen, dass gerade jetzt die Zukunftsorientierung im Mittelpunkt stehen sollte und nicht, wie in den vergangenen Jahren, der Verteilungsdiskurs. Protektionistische Bestrebungen, die fortschreitende Digitalisierung und Globalisierung der Wirtschaft sowie die Weiterentwicklung des Euro-Raums und der Europäischen Union seien große Herausforderungen unserer Zeit. So spricht sich der Sachverständigenrat für die Einrichtung einer Digitalisierungskommission, als eine Institution, die einen innovationsoffenen Ordnungsrahmen gestaltet, aus.

Um den Fachkräftengpass zu begegnen, sollen das vorhandene Arbeitskräftepotential mittels Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie bessere Möglichkeiten zur Erwerbsmigration stärker ausgeschöpft werden.

4. Herbstgutachten 2017 vorgelegt

- Kapazitätsauslastung ist weiter gestiegen

Die in der Gemeinschaftsdiagnose zusammengeschlossenen Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihr Herbstgutachten unter dem Titel „Aufschwung weiter kräftig – Anspannungen nehmen zu“ veröffentlicht.

Die Institute prognostizieren für das aktuelle Jahr ein Wachstum von 1,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Für das kommende Jahr wird ein Wirtschaftswachstum von 2,0 Prozent erwartet, im Jahr 2019 soll die Expansion 1,8 Prozent betragen. Damit dürfte sich der Aufschwung fortsetzen, der mittlerweile auf deutlich breiterer Basis steht als noch vor einem Jahr.

In der ersten Hälfte des laufenden Jahres beschleunigte sich das Expansionstempo deutlich. Die Jahresrate betrug 2,5 Prozent. Die Kapazitätsauslastung ist damit weiter gestiegen, und die gesamtwirtschaftliche Produktion übersteigt das Produktionspotential. Betrachtet man die Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts, zeigt sich, dass neben den Konsumausgaben nun auch das Auslandsgeschäft sowie die Investitionen zur Expansion beitragen.

Die Teuerungsrate steigt deutlich, da die Ölpreise nicht mehr zurückgehen, vermehrt macht sich auch der heimische Preisdruck bemerkbar. Die Inflationsrate wird mit 1,7 Prozent in diesem und im nächsten Jahr merklich höher ausfallen als im vergangenen Jahr, als die Verbraucherpreise lediglich um 0,5 Prozent zulegten.

Auf dem Arbeitsmarkt wird sich die Lage weiter verbessern. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte 2018 um 1,1 Prozent zulegen nach einem Plus von 1,5 Prozent in diesem Jahr. Damit steigt die Zahl der Er-

werbstätigen weiter an, wenngleich mit geringerem Tempo. Die Arbeitslosigkeit geht nach Einschätzung der Institute in geringerem Maße zurück.

Eine zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren und die sich fortsetzende Zuwanderung verlangsamen den Rückgang der Arbeitslosigkeit. In diesem Jahr liegt die Arbeitslosigkeit bei 5,7 Prozent; sie wird in den kommenden zwei Jahren auf 5,5 und 5,2 Prozent sinken.

Die Weltwirtschaft befindet sich mittlerweile in einem Aufschwung. Im Euroraum, in den USA und in Japan steigt die Produktion deutlich schneller als im Trend. Damit ist die Normalauslastung der Produktionskapazitäten bald erreicht oder sogar übertroffen. Der globale Aufschwung dürfte sich laut den Instituten im Prognosezeitraum fortsetzen. Für die Jahre 2017 und 2018 wird ein Wachstum von 3,1 Prozent prognostiziert.

5. Geschäftsklima im November 2017 erneut gestiegen

- neues Rekordhoch erreicht

Der ifo-Geschäftsklimaindex für die Gewerbliche Wirtschaft ist auf einen Rekordwert von 116,8 Punkten im Oktober auf 117,5 Punkte im November 2017 gestiegen.

Dies war auf deutlich optimistischere Erwartungen der Unternehmen zurückzuführen, während die Unternehmen die aktuelle Lage nicht mehr ganz so positiv bewerten wie noch im Vormonat. Die meisten Unternehmen haben ihre Meinung jedoch vor dem Abbruch der Sondierungsgespräche abgegeben, was bei der Beurteilung des Stimmungsindex berücksichtigt werden muss.

Auch der Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe (ohne Ernährungsgewerbe) stieg auf ein neues Rekordhoch. Er stieg von 113,9 Punkten im Oktober 2017 auf 114,3 Punkte im November. Die aktuelle Geschäftslage wurde auf hohem Niveau etwas nach unten korrigiert, die Erwartungen an die kommenden sechs Monate wurden nach oben korrigiert.

6. Holzwirtschaft politische Handlungsanforderungen

- sieben zentrale Handlungsfelder definiert

Ende November 2017 trafen sich die Spitzen zahlreicher holzwirtschaftlicher Verbände zu einem Gipfeltreffen der Holzwirtschaft, um die strategische Ausrichtung der Branche zu diskutieren und in einer gemeinsamen Erklärung Forderungen an den neuen Bundestag zu formulieren.

Auf Einladung des Deutschen Holzwirtschaftsrates (DHWR) waren in Berlin Vertreterinnen und Vertreter der gesamten holzwirtschaftlichen Wertschöpfungskette zusammengekommen, um ihre Zusammenarbeit zu vertiefen und die Anliegen und Positionen der Unternehmen zu konkretisieren. Als zentrale politische Handlungsfelder wurden definiert:

- Potenziale nutzen, Hemmnisse vermeiden und Anreize für die Verwendung von Holz schaffen
- Ganzheitliche Gebäudebilanzierung etablieren
- Energie- und ressourceneffiziente Stoffkreisläufe stärken
- Dialogprozess der Charta für Holz 2.0 fortsetzen

- Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum verbessern
- Rohstoffversorgung sichern
- Forschung, Lehre und qualifizierte Aus- und Weiterbildung fördern

„Die Holzwirtschaft ist das Fundament der deutschen Bioökonomie und wir appellieren an die neu gewählten Abgeordneten, sich bei den zentralen Zukunftsthemen auf das Holz als wichtigsten nachwachsenden Rohstoff des Landes zu stützen“, so DHWR-Präsident Xaver Haas.

„Holz bietet zukunftsweisende Lösungen für zentrale Herausforderungen unserer Zeit: es schafft zum Beispiel flexiblen, ökologischen Wohnraum gerade im urbanen Raum und ersetzt erdölbasierte und energieintensive Produkte nicht nur beim Bauen, sondern auch bei Verpackungen und Möbeln. Darüber hinaus ist die Holzwirtschaft eine tragende Säule des Mittelstandes und sichert viele Arbeitsplätze, besonders im ländlichen Raum.“

Die unterzeichnenden Verbände sind:

Arbeitsgemeinschaft Rohholzverbraucher e. V. (AGR), Bundesverband Deutscher Fertigungsbau e. V. (BDF), Bundesverband Holzpackmittel, Paletten, Exportverpackung e. V., Bundesverband ProHolzfenster e. V., Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e. V. (DeSH), Deutscher Holzfertigungsbau-Verband e. V. (DHV), Deutscher Holzwirtschaftsrat e. V. (DHWR), Deutscher Massivholz- und Blockhausverband e. V. (DMBV), Gesamtverband Deutscher Holzhandel e. V. (GD Holz), Hauptverband der Deutschen Holzindustrie und Kunststoffe verarbeitenden Industrie und verwandter Industrie- und Wirtschaftszweige e. V. (HDH), Holzbau Deutschland - im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V. (BDZ/ZDB), Studiengemeinschaft Holzleimbau e. V., Tischler Schreiner Deutschland e. V. (TSD), Verband der Deutschen Holzwerkstoffindustrie e. V. (VHI), Verband der Deutschen Möbelindustrie e. V. (VDM), Verband Deutscher Papierfabriken e. V. (VDP).

7. WorldBuild Moscow 2018 vom 3. bis 6. April 2018

- Kontakt zu Kaufentscheidern aufnehmen

Auf der WorldBuild Moscow 2018, Russlands größter Fachmesse für Innenausbau und Inneneinrichtung, sind nur noch wenige Plätze frei. Wenn Sie daran interessiert sind, mit Tausenden russischer Bauexperten in Kontakt zu treten, sollten Sie umgehend Ihren Stand buchen.

Sie treffen auf der WorldBuild Moscow Einkäufer, Innenausstatter, Lieferanten, Firmeninhaber und Direktoren – kurzum all diejenigen, die auf dem russischen Markt die Kaufentscheidungen treffen. Auf der diesjährigen Messe tätigten 80% der Messebesucher Einkäufe. Aufgrund der guten Ergebnisse sind 91% der Aussteller auch im nächsten Jahr wieder mit dabei.

Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

8. Neue Auslegungsregeln für die nachhaltige Holzbeschaffung - "Berliner Modell" jetzt auch auf Bundesebene

- Leitfaden zum gemeinsamen Erlass zur Beschaffung von Holzprodukten veröffentlicht

Der Bund hat in Gestalt der vier betroffenen Ministerien Landwirtschaft, Wirtschaft, Verkehr und Umwelt am 06.10.2017 einen gemeinsamen Leitfaden zum gemeinsamen Erlass zur Beschaffung von Holzprodukten vom 22.12.2010 veröffentlicht. Es handelt sich dabei nicht um einen neuen Erlass, sondern aus Sicht der Ministerien vielmehr um eine Interpretations- und Auslegungshilfe des alten Erlasses.

Der Leitfaden soll den ausschreibenden öffentlichen Behörden sowie bietenden Unternehmen Handlungsanleitungen geben, wie die Nachhaltigkeit von Holzprodukten nachgewiesen werden kann. Insbesondere wird auf den Einzelnachweis eingegangen, der mittlerweile unter dem Schlagwort „Berliner Modell“ bundesweit die Runde macht.

1. Der Auftragnehmer, der für öffentliche Auftraggeber arbeitet, darf nur noch Holz oder Holzprodukte verwenden, die nach Lieferschein von einem zertifizierten Händler stammen und deren Produktkettenzertifizierung (CoC) durch FSC, PEFC oder gleichwertige Zertifikate belegt ist.
2. Zusätzlich muss für Aufträge ab 2.000 € das ausführende Unternehmen selbst
 - a) ein forstliches Chain-of-Custody-Zertifikat von FSC, PEFC oder einem vergleichbaren Aussteller vorweisen oder
 - b) einen Einzelnachweis mit Mengen, Zeit und inhaltlichem Bezug des angelieferten zertifizierten Holzes oder der Holzprodukte vorlegen, der wiederum von einem Sachverständigen (ö. b. u. v.) oder akkreditierten Zertifizierer geprüft und bestätigt werden muss.

In einfachen Fällen soll die Bauüberwachung des öffentlichen Auftraggebers die vorgenannte Prüfung kostenfrei vornehmen. Ein einfacher Fall liegt vor, wenn wie unter b) zusätzlich die konkrete Einbaustelle auf den Lieferscheinen vermerkt ist und keine Veränderung an der Zusammensetzung der zertifizierten Ware vorgenommen wird. Das Holz kann aber nachbearbeitet werden und die Lieferung muss nicht direkt auf die Baustelle erfolgen.

Noch ist unklar, welchen Rechtscharakter dieser Leitfaden entwickeln soll. Möglicherweise wird dieser auch noch einmal flankierend in einen neuen Erlass gegossen. Es bleibt jetzt abzuwarten, ob sich die einzelnen Bundesländer einer solchen Auslegung anschließen. In Berlin gilt für alle Ausschreibungen von Senat und Bezirken bereits seit zwei Jahren die (nunmehr als verschärft einzustufende) Regelung mit folgender Abweichung:

1. Alle Nachweise müssen auch für Aufträge unter 2.000 € erfolgen.
2. Der Einzelnachweis nach b) kann ausschließlich vom akkreditierten Zertifizierer bestätigt werden, was vermutlich höhere Kosten als beim Sachverständigen verursachen dürfte.
3. Der kostenfreie einfache Fall ist ausgeschlossen.

Berlin tut gut daran, nicht über die Bundesregelungen hinaus zu schießen. Die Bereitschaft der Betriebe, an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen, würde durch eine kleine Prise Bürokratieabbau sicherlich befördert werden.

9. Handelsumsatz mit Küchen steigt auf über elf Mrd. Euro

- Wachstum das siebte Jahr in Folge

Im vergangenen Jahr wurden rund 11,3 Mrd. Euro für Küchenmöbel, Einbaugeräte und -zubehör ausgegeben, so der aktuelle „Branchenfokus Küchen“ vom IFH Köln und der BBE Handelsberatung.

Damit ist der deutsche Küchenmarkt 2016 das siebte Jahr in Folge gewachsen. Das Plus liegt bei 1,2 %. Auch für die kommenden Jahre sind die Prognosen positiv: Für 2021 rechnen Branchenexperten mit einem Wert in Höhe von knapp 11,5 Mrd. Euro.

Der Onlineanteil am Küchenmarkt ist im Jahr 2016 auf drei Prozent gestiegen. Für rund 340 Mio. Euro haben Endverbraucher Küchenmöbel sowie Küchengeräte und Zubehör im Internet gekauft. Trotzdem bleibt der Fachhandel der stärkste Treiber des Gesamtmarktwachstums.

Dessen Umsätze entwickelten sich in den vergangenen Jahren stets positiv: Während der gesamte Küchenmarkt zwischen 2012 und 2016 jährlich im Durchschnitt um 2,7 % wuchs, konnten die Küchenspezialisten im selben Zeitraum eine durchschnittliche Wachstumsrate von 4,4 % pro Jahr vorweisen. Somit ist der Marktanteil der Küchenspezialisten 2016 auf 33,5 % gestiegen.

10. Möbelhandel

- die Stimmung wird besser

Die aktuellen Zahlen des BBE-Möbel-Index für den Oktober lassen auf einen positiven Jahresendspurt hoffen.

Über alle Betriebstypen lagen die Umsätze im deutschen Möbelhandel aufgelaufen bei einem leichten Plus (+0,2 %), nachdem die Entwicklung in den letzten Monaten im Minus tendierte. Küchen (+0,9 %) und Discounter (+0,6 %) separat betrachtet schneiden insgesamt etwas besser ab. Die Stimmung hellt sich also etwas auf

Mit freundlichen Grüßen

IHR

VERBAND DER HOLZINDUSTRIE
UND KUNSTSTOFFVERARBEITUNG
BADEN-WÜRTTEMBERG E. V.



Clemens Lüken



Lutz Döhling